

Praxis-Check

Fragen der Fachgruppe „Armutsbegriff“ der Landesarmutskonferenz Berlin an ihre Mitglieder zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie



LANDESARMUTS
KONFERENZ **BERLIN**

Herausgeberin:

Landesarmutskonferenz Berlin
info@landesarmutskonferenz-berlin.de

Autor*innen:

Christin Dubrow | Susanne Gerull
Bianca Krüger | Wiebke Rockhoff
Ingeborg Simon | Achim Wurster

Berlin, Juni 2021



Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Auswirkungen der Corona-Pandemie.....	4
2.1 <i>Befunde der SAGE-Wissenschaftler*innen</i>	4
2.2 <i>Problembeschreibungen der lak-Mitglieder</i>	4
Kinder(-armut) / Existenznot / Wohnungsverlust.....	4
Ausstieg systemrelevanter Behörden	5
Stagnation der Hilfeverläufe / Wohnungsverlust.....	5
Wegbruch von Angeboten	5
Überforderung von Frauen und Familien.....	6
3. Handlungsansätze und Forderungen	6
3.1 <i>Forderungen der der SAGE-Wissenschaftler*innen</i>	6
3.2 <i>Forderungen der lak-Mitglieder</i>	6
Kinder(-armut) / Existenznot.....	6
Erreichbarkeit der Behörden sicherstellen und persönliche Antragstellungen ermöglichen	7
Digitale Teilhabe sichern	7
Prävention ausbauen.....	7
Coronakonformes Arbeiten ermöglichen.....	7
Rahmenbedingungen der Arbeit verbessern	8
Forderungen an die Politik	8
4. Wissenschaft und Praxis: ein Abgleich der Befunde und Forderungen	9
4.1 <i>Befunde</i>	9
4.2 <i>Forderungen</i>	9
5. Schlussfolgerungen und Forderungen der Fachgruppe „Armutsbegriff“ der lak	11
Anhang:	13
Einschätzungen der Ergebnisse der Befragung durch die weiteren Mitglieder des Sprecher*innenrats der lak Berlin	13

1. Einleitung

Die Coronapandemie wirkt sich seit mehr als einem Jahr auf die Zielgruppen, Beschäftigten und Organisationen Sozialer Arbeit sowie angrenzender Professionen und Berufe aus. Wissenschaftler*innen der Alice Salomon Hochschule Berlin (Gründungsmitglied der lak Berlin) haben sich bereits im Mai 2020 zu den Folgen und Herausforderungen der Corona-Pandemie positioniert, da diese droht gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse zu verstärken und soziale Spaltungen zu vergrößern. In einer Stellungnahme haben sie die durch den Handlungsdruck entstandenen Zielkonflikte benannt und Handlungsansätze entwickelt.

Von Armut betroffene Menschen und diejenigen, die ihnen Unterstützung anbieten, leiden überproportional an den Folgen der Pandemie. Mit E-Mails vom 08. und 22. Juli sowie 02.11.2020 hat die Landesarmutskonferenz Berlin (lak) ihre Mitglieder daher gebeten, diese Stellungnahme aus wissenschaftlicher Perspektive einem „Praxischeck“ zu unterziehen: Wie relevant und in der Praxis nutzbar ist das Papier, um die Forderungen der Wissenschaftler*innen an die jeweils Verantwortlichen zu adressieren? Die Fachgruppe „Armutsbegriff“ hat dafür das Praxiswissen und die Einschätzungen ihrer Mitglieder eingeholt. Konkret fragten wir:

- Entsprechen die Problembeschreibungen für Ihre in der Stellungnahme relevanten Arbeitsbereiche (z. B. Kinder- und Jugendhilfe, Wohnungslosenhilfe, Gesundheitssystem, Bildung...) Ihrer Einschätzung aus der Praxis-Perspektive? Können Sie konkrete Beispiele nennen?
- Sind die in der Stellungnahme skizzierten Handlungsansätze und Forderungen aus Ihrer Praxis-Perspektive angemessen und ausreichend? Haben Sie andere oder darüber hinausgehende Ideen und Vorschläge?

Insgesamt 13 Einrichtungen, d. h. etwas mehr als ein Fünftel unserer Mitglieder, haben unsere Fragen – z. T. sehr ausführlich – beantwortet. Hierfür bedanken wir uns herzlich. Vor allem aus der Wohnungsnotfallhilfe, aber auch der Kinder- und Jugendhilfe, allgemeinen Sozialberatungen und ehrenamtlichen Unterstützungsangeboten erreichten uns dramatische Schilderungen sowie konstruktive Lösungsvorschläge und Forderungen an die Verantwortlichen aus Praxis und Politik. Diese wurden von Mitgliedern der Fachgruppe „Armutsbegriff“ der lak Berlin systematisch in Anlehnung an die sozialwissenschaftliche Methode der qualitativen Inhaltsanalyse kategorisiert. Im Fokus des Papiers stehen die Forderungen sowie Schlussfolgerungen, die sich aus der Befragung unserer Mitglieder ergeben. Damit wenden wir uns explizit an die administrativ und politisch Verantwortlichen.

Nachfolgend stellen wir zunächst die Auswirkungen der Corona-Pandemie dar (2.) und daran anschließend die Forderungen, die sich aus diesen Erkenntnissen ergeben (3.). Ein Abgleich der Befunde von Wissenschaft und Praxis erfolgt im nächsten Abschnitt (4.). Abschließend finden sich die Schlussfolgerungen und Forderungen der Fachgruppe „Armutsbegriff“ (5.). Im Anhang haben wir ergänzende Kommentare und Einschätzungen der Sprecher*innen, weiteren Fachgruppen-Sprecher*innen sowie Fachexpert*innen der lak Berlin zu unseren Ergebnissen zusammengestellt.

2. Auswirkungen der Corona-Pandemie

2.1 Befunde der SAGE-Wissenschaftler*innen

Zu den grundsätzlichen Risiken und Herausforderungen der Coronapandemie schreiben die SAGE-Wissenschaftler*innen¹ der ASH Berlin in ihrer Stellungnahme:

„Aus Covid-19 und den notwendigerweise entwickelten kurzfristigen Gegenstrategien der politisch Verantwortlichen ergeben sich neue und langfristige Risiken der chronischen Überlastung ‚systemrelevanter Berufe‘ und faktischer Deprivilegierung, Exklusion, Marginalisierung und Stigmatisierung. Neue Hürden für Chancengerechtigkeit sowie für die aktive gesellschaftliche Teilhabe entstehen. Im ökonomischen Bereich ist als Folge der Krise und der derzeitig notwendigen Unterstützungsmaßnahmen mit einer Rezession und damit verbundenen Einsparungen in Sozialhaushalten zu rechnen. Im gesundheitlichen Bereich werden Ungleichheiten im Sinne erhöhter Erkrankungsrisiken und der erhöhten Gefahr schwerer Verläufe für bestimmte Bevölkerungsgruppen, beispielsweise durch Vorerkrankungen, sichtbar. Im Bildungsbereich sind langfristige Effekte auf Bildungsbiografien und damit die Verminderung von Chancengleichheit, Aufstiegs- und Inklusionschancen zu erwarten. Im sozialen Bereich wird überdeutlich, dass eine komplexe öffentliche soziale Infrastruktur für zahlreiche Kinder, Jugendliche und Erwachsene zur Alltagsbewältigung und -gestaltung unverzichtbar ist. Triageregulungen und partikulare Solidaritätsmuster (z. B. Rassismus) stellen weitere Gefährdungen dar. Besonderer Beachtung bedürfen Lebenssituationen, in denen sich die Herausforderungen verschränken und gegenseitig verstärken.“ (Voss u. a. 2020: 1 f.)²

2.2 Problembeschreibungen der lak-Mitglieder

Im Rahmen unserer Umfrage bei den lak-Mitgliedern zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Berufspraxis innerhalb der Einrichtungen wurde zunächst um die Beschreibungen der auftretenden Probleme gebeten.

Kinder(-armut) / Existenznot / Wohnungsverlust

Laut den Aussagen mehrerer Fachkräfte aus der Wohnungsnotfallhilfe sowie der Kinder-, Jugend- und Erwachsenenarbeit musste ein erheblicher Anstieg hilfebedürftiger sowie von Armut betroffener Menschen beobachtet werden. Besonders in der veränderten Beantragung von sofortigen finanziellen Leistungen wurde es den Menschen durch die Schließung von Ämtern und Behörden erschwert, sich die notwendigen Informationen und Antragsformulare zu besorgen. Auch die Berliner Tafel meldet einen Anstieg von Neuanmeldungen in den Ausgabestellen. Insbesondere Migrant*innen mit Sprachbarrieren, Menschen in fortgeschrittenem Alter, mit Beeinträchtigungen und/oder mangelnder Schulbildung, aber auch Menschen mit beschränkten Möglichkeiten der Nutzung von Online-Angeboten waren der Situation teilweise hilflos und informationsarm ausgeliefert. Michaela Steinebrunner vom Diakonischen Werk Berlin-Stadtmitte e. V. weist auf die Problematik der fehlenden gesellschaftlichen Teilhabe hin: „[Es] wird [zur gesellschaftlichen Teilhabe] ein Laptop und ein Internetanschluss von den Jobcentern bzw. dem Grundsicherungsamt nach wie vor nicht finanziert.“ Fraglich bleibt, inwiefern die entstandene Existenznot vieler Menschen zu

¹ SAGE steht – analog zu den besser bekannten MINT-Berufen – für die Fächerkombination Soziale Arbeit, Gesundheit, Erziehung und Bildung

² Die gesamte Stellungnahme ist nachzulesen unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:b1533-opus-3237>

weiteren existenziellen Schwierigkeiten, z. B. Wohnungsverlust, führt. Rainer Kurzeder von SOS-Kinderdorf Berlin geht davon aus, dass sich das Ausmaß von Kinderarmut und Bildungsbenachteiligung durch die Auswirkungen der Corona Pandemie verschärft und warnt vor einem Anstieg von bspw. „Vernachlässigung mit psychischen Folgen, gesteigerte[m] Suchtverhalten, zunehmende[r] Gewalt gegen Kinder und sexuellem Missbrauch“.

Ausstieg systemrelevanter Behörden

Eines der prägnantesten und problematischsten Konsequenzen für die Soziale Arbeit war die Schließung systemrelevanter Ämter und Behörden wie z.B. Jobcenter, Sozialämter und Jugendämter. Daraus resultierend wurde die Hürde, sich an diese Behörden zu wenden, massiv erhöht. Es gab und gibt ausschließlich online oder telefonisch die Möglichkeit, sich hilfeschend an diese zu wenden. Konkrete verlässliche Ansprechpartner*innen waren nicht mehr erreichbar bzw. im Homeoffice. Laut Tobias Bellinghausen aus der Zentralen Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot standen Hilfsbedürftige, die weder Zugang zum Internet noch Kenntnisse mit diesem Medium haben, „buchstäblich vor geschlossenen Türen“. Georg Paul aus der Gebewo-Beratungsstelle merkt hierzu an: „[Es waren] insbesondere Migranten mit schlechten Sprachkenntnissen, welche im Bermudadreieck aller geschlossenen Behörden und Einrichtungen eine deutlich eingeschränkte Handlungsfreiheit hatten mit teils existenziellen Problemen. Gerade auch diese Personengruppe verfügt oft nicht über den Zugang zu vermehrt alternativ geschaffenen Online-Alternativen (...). In diesen Fällen konnte von ‚erleichterter Zugang‘ nicht die Rede sein.“ Die meisten Träger in der Wohnungsnotfallhilfe sowie der Kinder-, Jugend-, und Erwachsenenarbeit arbeiteten mit Hygienekonzepten weiter und mussten hierbei vielfältige Aufgaben der geschlossenen Behörden übernehmen.

Stagnation der Hilfeverläufe / Wohnungsverlust

Aufgrund der reduzierten Dienste und Schließung der Behörden haben sich Hilfeverläufe und wichtige Angelegenheiten (Beantragung Personalausweis etc.) der Unterstützung suchenden Menschen verlängert. Dagmar von Lucke vom Caritas Beratungszentrum am Fennpfuhl bezeichnet dies treffend als „Antragsstau“. Dieser wirke sich ebenfalls negativ auf die Motivation der Hilfebedürftigen aus. Die Behördenhotline 115, die sonst niedrigschwellige und unbürokratische Hilfe bietet, ist aufgrund der Vielzahl an Anfragen aktuell kaum erreichbar. Wie Achim Wurster aus dem Übergangshaus der Berliner Stadtmission anmerkt, führte die Stagnation der Hilfeverläufe ebenfalls zu Rückfällen in alte Muster, z. B. den Konsum von Suchtmitteln.

Wegbruch von Angeboten

Teilweise mussten Einrichtungen die persönliche Beratung in modifizierten Formen per Telefon oder E-Mail anbieten. Der Wegfall der Face-to-Face-Kontakte stellte insbesondere für Menschen mit Sprachbarrieren eine große Schwierigkeit dar sowie die Verminderung der wichtigen sozialen Interaktion. Michaela Steinebrunner vom Diakonischen Werk Berlin-Stadtmitte e. V. macht in ihrer Einrichtung die Erfahrung, „dass eine digitale Beratung den Face-to-Face-Kontakt nur ergänzen bzw. nur vorübergehend ablösen kann. In einer digitalen Beratung fehlen auf Dauer wesentliche Aspekte, die eine förderliche Arbeitsbeziehung ausmachen.“ Die Übernahme vielfältiger Angebote sowie die Einhaltung der sich immer wieder verändernden Corona-Maßnahmen brachten viele Einrichtungen der befragten lak-Mitglieder an die eigenen Belastungs- und Kapazitätsgrenzen. Es fehlte häufig die nötige Transparenz sowie eine zeitnahe Informationsweitergabe seitens der Behörden.

Überforderung von Frauen und Familien

Martina Rohrbach vom Evangelischen Kirchenkreis Charlottenburg-Wilmersdorf sowie Christine Foof von der Gemeinnützigen Gesellschaft für Besondere Soziale Dienste Nordwest mbH haben auf die besondere Belastung von Frauen hingewiesen. Aufgrund von Homeschooling und Homeoffice wurden einige Lebensbereiche in den häuslichen Raum verlagert. Die immer noch ungleiche Aufteilung der häuslichen Care-Arbeit wurde auf diese Weise erneut verstärkt. Aufgrund der Beengtheit und der Verlagerung der anderen Lebensbereiche wurde ebenfalls ein Anstieg familiärer Problemlagen sowie häuslicher Gewalt beobachtet.

3. Handlungsansätze und Forderungen

3.1 Forderungen der der SAGE-Wissenschaftler*innen

*Folgende Forderungen der SAGE-Wissenschaftler*innen werden in ihrer Stellungnahme an späterer Stelle näher ausgeführt und begründet:*

- „Care-Arbeit aufwerten - der Ausbeutung nachhaltig begegnen
- Struktureller Benachteiligung von Frauen* entgegenwirken – geschlechtergerechte Politik umsetzen
- Gesundheitsfachberufe und Soziale Arbeit als zentrale Teile des Gesundheitssystems während und nach der Pandemie anerkennen
- Lebenswelt- und ressourcenorientierte Ansätze im öffentlichen Gesundheitsdienst konsequent und interdisziplinär verfolgen
- Unteilbar und solidarisch: Niemanden zurücklassen
- Bildung gerecht gestalten
- Kindeswohl gewährleisten – familienfreundliche Umwelten durch öffentliche Infrastruktur (wieder-)herstellen
- Selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen jederzeit gewährleisten
- Menschen in existenziellen Armutslagen schützen
- Menschen mit Suchtverhalten auch unter Infektionsschutzbedingungen bedarfsgerecht beraten und begleiten
- Institutionelle Unterstützungsangebote mit verstärkten Schutzmaßnahmen aufrechterhalten“

(Voss u. a. 2020: 3)

3.2 Forderungen der lak-Mitglieder

Die Mitglieder der lak Berlin haben zu vielen in der und durch die Pandemie sichtbaren Problemen Lösungswege und Forderungen formuliert, die wir nachfolgend zusammengestellt haben.

Kinder(-armut) / Existenznot

Einige unserer Mitglieder fordern in der aktuellen Situation eine Erweiterung der finanziellen Mittel, z. B. in der Kinder- und Jugendhilfe. Parallel dazu sollten individuelle Förderprogramme geschaffen werden, um benachteiligte Kinder und Jugendliche präventiv zu unterstützen und damit negative Folgen der Pandemie abzumildern und einzugrenzen. „Ein Anstieg der Kinderarmut darf gar nicht erst entstehen“, mahnt Rainer Kurzeder vom SOS-Kinderdorf Berlin. Darüber hinaus fordert er einen öffentlichen Diskurs zu den Themen Kinderarmut und Bildungsbenachteiligung. Hierzu gehöre auch die Schaffung von

Patenschaftsprogrammen, um Kindern und Jugendlichen positive Vorbilder und Perspektiven zu geben. Mit Blick auf die wirksame Unterstützung von Kindern und Jugendlichen müssten Klassengrößen als Voraussetzung für individuelle Hilfen reduziert werden. Im Kontext dieser Arbeit sei zudem ein verstärkter Einsatz von Pädagog*innen, unterstützt durch psychologische Fachkräfte, notwendig.

In Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe wird die Aufrechterhaltung der Angebote unter dem bestmöglichen Schutz für alle Beteiligten gefordert. Dies könne unter anderem durch die Bereitstellung vieler kleinerer Notunterkünfte und die Unterbringung wohnungsloser Menschen in Einzelzimmern erreicht werden, wie Tobias Bellinghausen (Zentrale Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot) fordert. Weitere Mitglieder aus der Wohnungsnotfallhilfe fordern einen besseren, vereinfachten Zugang zu ordnungsrechtlichen Unterbringungen („ASOG“-Einrichtungen) und der entsprechenden Beantragungswege.

Erreichbarkeit der Behörden sicherstellen und persönliche Antragstellungen ermöglichen

Im Rahmen der Befragung drücken Mitglieder der lak Berlin ihr Unverständnis darüber aus, dass viele Ämter weiterhin keine Beratung anbieten, so auch bspw. der Sozialpsychiatrische Dienst in einigen Bezirken. Sie weisen ausdrücklich darauf hin, dass Pandemiepläne berücksichtigen müssten, dass viele Menschen weiterhin persönliche Unterstützung benötigen und nicht alle Hilfesuchenden telefonisch oder online ihre Anträge in ausreichendem Maß stellen können. Eine bessere Erreichbarkeit von Ämtern und Jobcentern sowie die Möglichkeit zur persönlichen Antragstellung wird dringend eingefordert, bspw. von Christine Foof (BSD gGmbH). Insbesondere ein zügiger und einfacher Kontakt mit dem Gesundheitsamt sei in der aktuellen Situation unerlässlich, fordern einige Mitglieder.

Positiv angemerkt wurden von einigen Befragten allerdings die zum Teil höhere Kommunikationsbereitschaft von Sozialämtern und Jobcentern, unkompliziertere Kostenübernahmen inklusive bei der Verlängerung von Maßnahmen.

Digitale Teilhabe sichern

Viele behördliche Wege waren und sind nicht mehr persönlich zu erledigen, sondern benötigen technische Hilfsmittel, z. B. bei der Antragsstellung von Leistungen, bei der Wohnungssuche etc. Der Zugang auch wohnungsloser Menschen zu diesen technischen Ressourcen muss daher dringend verbessert werden und die Digitalisierung in der Wohnungsnotfallhilfe intensiver diskutiert werden (Achim Wurster, Berliner Stadtmission). Dies gilt auch für andere Personengruppen in existenziellen Notlagen.

Prävention ausbauen

Im Kontext der Befragung wird von Michaela Steinebrunner (Diakonisches Werk Berlin-Stadtmitte e. V.) darauf hingewiesen, dass Personal aus den SAGE-Berufen eine sehr wichtige Aufgabe bei der Gesundheitsprävention übernehmen kann, z. B. durch Information und Beratung zu Hygienemaßnahmen, Aufklärung über Problemlagen und Sensibilisierung, Hilfestellung in der Umsetzung von Hygienestandards etc. Hier kommt aus Sicht der lak-Mitglieder der aufsuchenden Arbeit in den Sozialräumen eine besondere Bedeutung zu.

Coronakonformes Arbeiten ermöglichen

Der Arbeitskreis Wohnungsnot (AKWO) berichtet, dass „coronakonformes Arbeiten in den niedrigschwelligen Einrichtungen eigentlich nicht möglich“ sei und fordert daher angemessen ausgestattete Räume und notwendige Schutzausrüstung für die Hilfeangebote. Aufgrund dieser fehlenden Ausstattung

sei das Angebot vor Ort teilweise stark eingeschränkt, so mussten bspw. die Aufenthaltsplätze in den Wohnungslosentagesstätten eingeschränkt werden. Für Mitglieder der lak stellt sich die Frage, wie in solchen Situationen weiterhin die Unterstützung sichergestellt werden kann.

Rahmenbedingungen der Arbeit verbessern

Im Zusammenhang mit den Folgen der Pandemie „müssen Arbeitgeber*innen noch besser/kreativer auf die Bedarfe von Familien* eingehen“ (Achim Wurster, Stadtmission). Auch für die Sozialarbeiter*innen selbst müssten daher Ideen wie die Reduzierung von einer 5- auf eine 4-Tage-Woche, die Ermöglichung von Homeoffice sowie eine flexible Arbeitszeitgestaltung eine größere Rolle spielen. Für die Stärkung der Beratungstätigkeit unter Einhaltung der Abstandsregeln wird dringend die Bereitstellung von Diensthandys und Laptops gefordert.

Gefordert werden Schutzkonzepte für Mitarbeiter*innen und Klient*innen und die Bereitstellung und Finanzierung von Hilfsmitteln. Hierzu gehört auch eine zeitnahe Information über Corona-Ausbrüche in Einrichtungen im Umkreis. Es wird für sinnvoll erachtet, den Mitarbeiter*innen aus allen SAGE-Berufen jederzeit die Möglichkeit zu geben, sich unkompliziert und ohne größeren Aufwand kostenfrei testen lassen zu können – und zwar auch, wenn keine Symptome vorhanden sind: „Auch muss klar sein, wer für die Mehraufwendungen der Träger in dieser Situation aufkommt“, wie Claudia Nickel vom Internationalen Bund (IB) fordert. Hierzu zählen der Kauf von Schutzmaterialien oder im Ernstfall die Versorgung mit den Dingen des täglichen Bedarfs. Plädiert wird zudem für eine „Lockerung der Abstandsregeln bei gleichzeitiger Verstärkung der Hygienemaßnahmen“ (Klaus Keßler, Jugendfreizeiteinrichtung „DER ALTE“). Gefordert werden aber auch einheitliche Konzepte, bspw. für sogenannte ASOG-Einrichtungen im Quarantänefall.

Forderungen an die Politik

Mitglieder der lak fordern im Wahljahr 2021 ein größeres politisches Bewusstsein für die Notwendigkeit zeitnaher und passender Hilfen. Sie plädieren dafür, geplante Einsparungen z. B. im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zu stoppen und die Gelder aufzustocken, um den höheren Unterstützungsbedarfen gerecht zu werden. Die freien Träger dürften nicht als Kostentreiber betrachtet werden, sondern als Baustein einer umfassenden und wirkungsvollen Betreuung von Kindern und Jugendlichen, gerade in Krisenzeiten (Rainer Kurzeder, SOS-Kinderdorf Berlin).

„Es braucht einen sozialen Pandemieplan“, fordert Dagmar von Lucke (Caritas). Insgesamt „(...) muss gewährleistet sein, dass ausreichend persönliche Beratungs- und Unterstützungsangebote niedrigschwellig verfügbar sind.“

4. Wissenschaft und Praxis: ein Abgleich der Befunde und Forderungen

4.1 Befunde

Die von den SAGE-Wissenschaftler*innen eher abstrakt formulierten Risiken und Herausforderungen der Corona-Pandemie werden von den lak-Mitgliedern in unserer Befragung sehr konkret beschrieben.

So zeigt sich die von den SAGE-Wissenschaftler*innen benannte *chronische Überlastung ‚systemrelevanter Berufe‘* laut unseren Mitgliedern durch einen erheblichen Anstieg hilfebedürftiger und hilfeschender Menschen in ihren Einrichtungen und Angeboten sowie den Mehraufwand bspw. für Beratung unter Pandemiebedingungen. Dabei müssen sie häufig die Aufgaben geschlossener Behörden noch zusätzlich übernehmen und kommen damit an ihre Belastungsgrenzen.

Gesundheitliche Ungleichheit wird auch im sozialen Bereich deutlich, wenn Menschen mit Beeinträchtigungen der Situation hilflos ausgeliefert sind und bspw. nicht an die benötigten Informationen zu ihrer Unterstützung kommen.

Die langfristigen *negativen Effekte der Pandemie auf die Bildungsverläufe* von Kindern werden auch von den lak-Mitgliedern aus dem Kinder- und Jugendhilfereich befürchtet, die zudem vor einem Anstieg von Vernachlässigungen, Gewalt und sexuellem Missbrauch warnen.

Schwerpunkt der Problembeschreibungen der Befragten ist der Zusammenbruch der *öffentlichen sozialen Infrastruktur zur Alltagsbewältigung und -gestaltung*. Informationen sind nicht zugänglich, hilfebedürftige Menschen stehen bei den Behörden vor geschlossenen Türen und versinken im Bermudadreieck, ohne die benötigte Hilfe zu erhalten. Bei allen anderen wirkt sich der ‚Antragsstau‘ auf ihre Motivation und Handlungsfreiheit aus. Auffangen müssen dies die gemeinnützigen Träger, die, wie oben beschrieben, jedoch längst an ihrer Kapazitätsgrenze angekommen sind.

4.2 Forderungen

Nachfolgend vergleichen wir die (kursiv gesetzten) Forderungen aus dem SAGE-Papier mit den Ergebnissen unserer Mitgliederbefragung.

Hinsichtlich der Forderung der SAGE-Wissenschaftler*innen, die *Care Arbeit aufzuwerten und der Ausbeutung nachhaltig zu begegnen*, wird von unseren Mitgliedern die Notwendigkeit einer Qualitäts- und Personalentwicklung geteilt. Sparmaßnahmen müssten zudem gestoppt und Investitionen getätigt werden. So müssten angemessene Arbeits- und Rahmenbedingungen geschaffen werden (z. B. Hygiene-, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie Zugangsmöglichkeiten zu mobilem Arbeiten und Homeoffice). Die freien Träger sollten als Partner*innen betrachtet und behandelt werden.

*Die Beendigung der strukturellen Benachteiligung von Frauen** sowie *die Umsetzung einer geschlechtergerechten Politik* setzt nach einem unserer Mitglieder voraus, dass Arbeitgeber*innen besser – und kreativer – auf die Bedarfe von Eltern* eingehen.

Dem Anspruch einer *Anerkennung der Gesundheitsfachberufe und der Sozialen Arbeit als zentrale Teile des Gesundheitssystems während und nach der Pandemie* schließen sich unsere Mitglieder an. Sie stellen fest, dass die SAGE-Berufe wichtige Aufgaben bei der Prävention und Beratung/Informationsweitergabe übernehmen und fordern konkret, dass sie ohne größeren Aufwand Zugang zu kostenfreien Covid-19-Tests erhalten. Zudem müsse es einen schnellen und unkomplizierten Kontakt zu dem jeweiligen Gesundheitsamt geben.

Auch den Appell der ASH-Wissenschaftler*innen, *Lebenswelt- und ressourcenorientierte Ansätze im öffentlichen Gesundheitsdienst konsequent und interdisziplinär zu verfolgen*, unterstützen und konkretisieren die befragten lak-Mitglieder. So sei bspw. aufsuchende Arbeit in den Sozialräumen notwendig. Auch eine Vernetzung der diversen Berufsfachfelder und eine Stärkung von Ehrenamtlichen sowie die intensivere Zusammenarbeit mit ihnen wird gefordert. Auf die aktuelle Pandemie bezogen wird als notwendig erachtet, zeitnahe Information über Corona-Ausbrüche in umliegenden Einrichtungen (z. B. Gemeinschaftsunterkünfte, Clubs, Heime ...) zu erhalten.

Bildung gerecht zu gestalten sowie Kindeswohl zu gewährleisten und familienfreundliche Umwelten durch öffentliche Infrastruktur (wieder-)herzustellen setzt nach den Antworten unserer Mitglieder einen gesellschaftlichen Diskurs zu Kinderarmut und Bildungsbenachteiligung voraus.

Menschen in existenziellen Armutslagen zu schützen, wird von unseren Mitgliedern ebenfalls gefordert. Im Bereich der Wohnungslosenhilfe wird konkret verlangt, einen niedrigschwelligen Zugang zu ordnungsrechtlicher Unterbringung, und zwar während der Pandemie in Einzelzimmern, zu gewährleisten. Viele kleinere Notunterkünfte sollten bereitgestellt werden, und die Versorgung auf der Straße lebender Menschen müsse sichergestellt werden.

Viele Aussagen finden sich zum Anspruch, *institutionelle Unterstützungsangebote mit verstärkten Schutzmaßnahmen aufrechtzuerhalten*. So sei ein pandemiekonformes Arbeiten in den niedrigschwelligen Einrichtungen eigentlich nicht möglich, obwohl es wichtig wäre, die bestehenden Angebote beizubehalten. Vor allem persönliche Beratungs- und Unterstützungsangebote müssen in ausreichender Zahl sowie niedrigschwellig verfügbar sein. Auch die staatlichen Stellen müssten dies weiterhin anbieten. Die Angebote an Hygieneschutzauflagen müssten angepasst und die epidemiebedingten Mehraufwendungen der Träger finanziert werden. Zudem seien regelmäßige kostenlose Tests für Mitarbeiter*innen erforderlich.

Zum Anspruch, *selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen jederzeit zu gewährleisten*, finden sich keine entsprechenden Forderungen in unserem „Praxischeck“. Auch der Forderung *Unteilbar und solidarisch: Niemanden zurücklassen* konnten keine Antworten unserer Mitglieder zugeordnet werden. *Menschen mit Suchtverhalten auch unter Infektionsschutzbedingungen bedarfsgerecht beraten und begleiten* wurde ebenfalls nicht kommentiert.

5. Schlussfolgerungen und Forderungen der Fachgruppe „Armutsbegriff“ der lak

Die Befragung unserer Mitglieder im Sommer 2020 sowie Winter 2020/21 ist eine Momentaufnahme, die u. E. aber weiterhin Strahlkraft besitzt: Die benannten Probleme haben sich z. T. manifestiert oder sogar verschärft. Weitere Schwierigkeiten sind bspw. durch die Hindernisse beim Impfen vulnerabler Gruppen sowie den gekippten Mietendeckel entstanden. So melden die bei uns organisierten Schuldnerberatungsstellen aktuell, dass durch die andauernde Pandemie zurzeit weiter Schulden gemacht werden (müssen), statt vorhandene abbauen zu können. Sowohl Betroffene als auch Professionelle aus den SAGE-Bereichen müssen also davon ausgehen, dass noch Einiges auf uns zukommt.

Die in der SAGE-Stellungnahme skizzierten Handlungsansätze und Forderungen werden von der Praxis als angemessen, aber teilweise nicht ausreichend und spezifisch genug eingeschätzt. Dabei ergänzen sich, wie unser vorstehender Abgleich zeigt, Theorie und Praxis in ihren Einschätzungen: Die Pandemie macht die Schwachstellen im System gut sichtbar und verstärkt diese. Der fortschreitenden sozialen Ungleichheit (vgl. Entwurf des 6. Armuts und Reichtumsberichts der Bundesregierung³) muss daher aktiv gegengesteuert werden:

- Bisher wurden vor allem Institutionen und Behörden als systemrelevant eingestuft. Aber auch die Beratung durch freigemeinnützige Träger ist systemrelevant! Dies betrifft alle SAGE-Bereiche inklusive ehrenamtlich geleisteter Arbeit.
- Politik und Verwaltung dürfen sich nicht abschotten, sondern müssen jederzeit die Zugänge zum sozialen Sicherungssystem und dem Hilfesystem gemeinnütziger freier Träger gewährleisten. Dies gilt umso mehr für Menschen, die bisher nicht über die notwendigen Ressourcen wie bspw. die technische Ausstattung oder das Know-how dafür verfügen. Der Anspruch auf digitale Teilhabe muss in die Grundsicherung aufgenommen werden.
- Für die Begegnung zukünftiger Risiken müssen Pandemieschutzpläne für den sozialen Bereich entwickelt werden, die den klassischen Zivil- und Katastrophenschutz ergänzen. Dieser muss Face-to-Face-Hilfen überall dort ermöglichen, wo sie unersetzlich sind – nicht nur im medizinischen und pflegerischen Bereich. Um zukünftig für den Schutz insbesondere vulnerabler Gruppen besser vorbereitet zu sein, muss allerdings auch der für die Erstellung von Pandemieschutzplänen mitverantwortliche Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) auf deren spezifische psychosozialen Problemlagen flexibel reagieren können. Dabei muss auch für den Schutz der SAGE-Mitarbeiter*innen gesorgt werden.

³ <https://tinyurl.com/armuts-und-reichtumsbericht> (27.04.2021)



- Politik und Verwaltung dürfen ihre Aufgaben nicht auf die freie Wohlfahrtspflege und auf die Zivilgesellschaft abwälzen; es darf zu keinen Kürzungen im sozialen Bereich kommen.
- Alle Maßnahmen zur Überwindung der Pandemie müssen die Bedarfe marginalisierter Menschen berücksichtigen und diese miteinbeziehen.
- Bildungs-, Teilhabe- und Geschlechtergerechtigkeitsfragen müssen bei zukünftigen Haushaltsentscheidungen höchste Priorität erhalten, um die massiven Folgen der Pandemie für Menschen in Armutslagen abzumildern.

Die von der Fachgruppe „Armutsbegriff“ zusammengestellten Forderungen, die Benennung von Defiziten und daraus abgeleiteten Empfehlungen ergeben einen Dreiklang aus Analyse, Forderungskatalog und Umsetzungsschritten. Letztere setzen eine Zusammenarbeit aller politisch und administrativ Verantwortlichen voraus, und zwar unter Beteiligung und Einbeziehung sowohl der professionellen und ehrenamtlichen SAGE-Mitarbeiter*innen als auch der Betroffenen.

Fachgruppe „Armutsbegriff“ der lak Berlin, Juni 2021
Sprecherin: Susanne Gerull

Anhang

Einschätzungen der Ergebnisse der Befragung durch die weiteren Mitglieder des Sprecher*innenrats der lak Berlin

” Für viele Geflüchtete sind die Pandemiefolgen besonders hart: etliche arbeiten in Branchen mit überdurchschnittlich hoher Kurzarbeit und Schließungen. Ausgefallene Sprachkurse und Fortbildungen bremsen die berufliche Weiterentwicklung. Die notwendige Isolation in den Gemeinschaftsunterkünften hemmt die Entwicklung der Flüchtlingskinder, die wegen fehlender Endgeräte oder W-Lan-Zugänge seltener am Homeschooling teilnehmen. Zusätzliche Unterstützung für Kinder ist deshalb geboten. Junge Geflüchtete brauchen dringend einen der raren Ausbildungsplätze, denn für etliche stellt eine ‚Ausbildungsduldung‘ die einzige Chance auf einen rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland dar.
Barbara Eschen, Sprecherin der lak Berlin

” Die Folgen der Corona-Pandemie sind für arme, ausgegrenzte und benachteiligte Menschen besonders gravierend. Dies zeigt die vorliegende Befragung der Mitgliedsorganisationen der Landesarmutskonferenz Berlin beeindruckend deutlich. Das ist besonders bedrückend und empörend angesichts so vieler während der Pandemie stillgelegter Ressourcen, über die unsere Gesellschaft verfügt. Leerstehende Hotels böten eine sicherere Unterkunft für wohnungslose und geflüchtete Menschen aus Gemeinschaftsunterkünften. Gaststätten könnten gemeinsam mit der Berliner Tafel kieznahe Versorgung anbieten. Mehr Solidarität ist gefragt, unkonventionelle Ideen und Lösungen braucht unsere Stadt.
Hermann Pfahler, Sprecher der lak Berlin

” Als Sprecher*innen der AG Kinderarmut möchten wir insbesondere darauf hinweisen, dass auch nach dem Lockdown die Pandemie für Kinder und Jugendliche noch lange nicht vorbei ist. Kinder und Jugendliche brauchen jetzt Zeit sich Räume anzueignen und Orientierung zu suchen; Politik und Gesellschaft sind aufgerufen, sie mehr denn je darin zu unterstützen. Entsprechend darf Mittelknappheit nicht zu Lasten von Angeboten für Kinder und Jugendliche gehen, sondern es muss im Gegenteil in unterstützende Strukturen investiert werden. Zusätzlich möchten wir drauf hinweisen, dass verschiedene Studien belegen, dass sich Kinder und Jugendliche in der Pandemie nicht gesehen und nicht gehört fühlen.
*Laura Neumann und Christian Neumann, Sprecher*innen der Fachgruppe Kinderarmut*

” Eine Notlage ist bei hochbetagten und erkrankten pflegebedürftigen Menschen, ohne unterstützendes Netzwerk entstanden. Sowohl die Seniorenberatung der Sozialämter als auch die Pflegestützpunkte tätigen pandemiebedingt keine/kaum aufsuchende Arbeit. Problematisch sind auch die vielen ‚Begutachtungen‘ per Telefon, z. B. beim Teilhabefachdienst der sozialpsychiatrischen Dienste und für die rechtliche Betreuung. Hier besteht für Menschen, die eingeschränkt sind beim Sprechen von ihren Beschwerden und Gefühlen, die Gefahr, dass der Hilfebedarf niedriger oder ungenauer eingeschätzt wird, als er in einem direkten Gespräch ersichtlich geworden wäre.
Dagmar von Lucke, Sprecherin der Fachgruppe Wohnungslose Menschen

” Die Erfahrung der Migrationsberatungsstellen zeigt, dass das „vereinfachte Antragsverfahren“ auf ALG-II-Leistungen, das für die Zeit der Pandemie durch die Jobcenter eingeführt wurde, auf EU-Bürger*innen oft nicht angewendet wird. So werden im Vergleich mit deutschen Antragssteller*innen unverhältnismäßige viele Unterlagen gefordert. Durch die damit einhergehende Zeitverzögerung oder sogar Verweigerung der Grundsicherung geraten die Hilfesuchenden in existenziell prekäre Situationen. Auch das gesetzlich vorgeschriebene Angebot zur Notunterbringung unfreiwillig obdachloser Menschen wird EU-Bürgerinnen selbst zu Corona Zeiten oft verweigert. EU-Bürger*innen dürfen gerade in Zeiten der Pandemie nicht diskriminiert und benachteiligt werden.

Karsten Krull, Sprecher der Fachgruppe Migration

” Frauen haben in der Pandemie den größten Teil der zusätzlichen Arbeit wie Kinder- und Hausaufgabenbetreuung geleistet. Sie sind es, die vermehrt in Dienstleistungsberufen – von Pflege bis Einzelhandel – ihre Gesundheit für Alle einsetzen. Frauen haben damit einen großen Anteil an der Bewältigung der Krise. Sie verdienen deshalb auch ein Einkommen, das ihren Leistungen für unsere Gesellschaft Rechnung trägt.

Birgit Münchow, Fachexpertin der lak Berlin für Frauenarmut

” Die Pandemie führt zu neuen Spaltungen am Arbeitsmarkt. Neben den Beschäftigten mit Minijobs sind Solo-Selbstständige unter den Erwerbstätigen die großen Verlierer*innen der Pandemie. Sie zeigt dramatisch die Lücken im sozialen Sicherungsnetz für Selbstständige auf – insbesondere bei Beschäftigungsverlust oder bei erheblicher Einschränkung der Beschäftigung. Selbstständige müssen künftig einen erleichterten Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung erhalten. Mehr Schutz ist auch bei Krankheit und vor Altersarmut nötig. In Berlin braucht es neben der gerade eingerichteten Schuldner- und Insolvenzberatung für Selbstständige auch eine eigene, auf die Belange von Selbstständigen spezialisierte Sozialberatung.

Frank Steger, Fachexperte der lak Berlin für Erwerbsarbeit, Arbeitslosigkeit und soziale Sicherungssysteme